

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Unter Zensur.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 53.

Gründungsnummer Nr. 53.

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. • Als Beigabe das St. Quirinusblatt. • Preis für den Monat durch Boten in's Haus gebracht Mk. 5.00. • Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46.

Telegraphische Adressen.

Postfach-Adressen. Nr. 41800.



Angaben finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9spaltige Zeile 1.25 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.50 Mark, und für die 4spaltige Reklamezeile 4.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages, spätere Beiträge gegen Aufpreis. • Zahlung bei Aufgabe. •

Nr. 64

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Freitag, 18. März 1921. (Cyrillus)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Die Zwangsvollstreckungsmaschine am Rhein.

Neuestes in Kürze.

Berlin, 17. März. Dem deutschen Schutzbund, Zweigstelle Berlin, wird aus Breslau gemeldet, daß nach dem 19. März, 12 Uhr nachts, kein Abstimmungsberechtigteter mehr die Abstimmungsgrenze überschreiten dürfe.

Berlin, 18. März. Nach einer Meldung der Breslauer Schließung hat die polnische Regierung in Warschau infolge Sanktionen der polnischen Bank die Warschauer Börse geschlossen. Die größeren Firmen in Warschau weigern sich, Zahlungen in polnischer Mark anzunehmen. Infolgedessen steigt die deutsche Mark in Warschau weiter.

Berlin, 18. März. Vor dem Berliner Rathhaus fanden gestern große Arbeitslosen Demonstrationen statt. Die nach tausenden zählende Menschenmenge versuchte, gewaltsam in das Rathaus einzudringen, wurde aber daran von der Schutzpolizei verhindert. Diese räumte dem Platz vor dem Rathaus.

Berlin, 18. März. Die Annahme, daß der Versuch auf die Siegesgasse von dem Attentäter nur verfehlt wurde, um durch ein rechtzeitiges Eingreifen sich hervorzutun, und eine hohe Belohnung zu verdienen, gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit.

Paris, 17. März. Nach einer Meldung der Londoner Morning Post erklärte Senator Knox, er werde bei der Wiedereröffnung des Senats keine Resolution, in der die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland erklärt wird, einbringen. Er habe indes hinzugefügt, er spreche nur im eigenen Namen.

Brüand stellt fest.

Paris, 17. März. Nach Erledigung einiger kleiner Geschäfte spricht Ministerpräsident Brüand im Kabinett die Pariser Abkommen zustande. Er erklärte, daß es die Einheit der Front der Alliierten aufrechterhalte. Er behauptete nicht, daß die Ergebnisse der Londoner Konferenz entscheidend seien, oder daß sie jede Meinungsverschiedenheit beseitigten. Viele Fragen blieben noch offen.

Er stellte fest, daß auf dem rechten Rheinufer die französische Flagge an der Seite der englischen und belgischen wehe. Diese gemeinsame Handlung bedeute den Willen, Deutschland zu zwingen, daß es seine Verpflichtungen erfülle. Die Sanktionen seien militärischer oder wirtschaftlicher Art. Die militärischen Sanktionen seien ergebnislos und kosteten wenig. 50 Prozent von dem Verkaufswert der deutschen Waren zu erheben, sei von der englischen Regierung vorgeschlagen worden. Jede Nation habe das Recht, die Höhe der Abgaben zu bestimmen. Die Errichtung einer Zollgrenze zwischen Deutschland und dem Rheinland sei nicht mit dem Hintergedanken ergriffen worden, den nach Frankreich geschickten Waren, die nach Deutschland zurückgeführt werden, eine besondere Besteuerung zu verhängen. Er betonte, daß der Abgeordnete Mariot politische Bedenken habe. Deutschland gegenüber müsse man einig bleiben.

Brüand läßt die These nicht zu, daß Deutschland nur zahlen könne durch den Ruin, den es durch die Ausfuhr erziele. Deutschland habe unterzeichnet, es müsse bezahlen, nicht nur durch die erzielten Gewinne, sondern mit seinem gesamten Aktivum. Es scheine, daß für das deutsche Volk psychologisch die Niederlage nicht genüge. Die deutschen Regierungen hätten nicht die bewundernswürdige Großmut Frankreichs (1) verstanden, das zwar Herr im Osten und Westen, seine Heere am Vorabend des vollkommenen Zusammenbruchs des deutschen Heeres aufhalten habe. Für jeden anderen wäre es angesichts einer derartigen Großmut Pflicht gewesen, sein Herz zu öffnen (1).

Man habe nur eine Gerechtigkeitsschuld genommen durchgeführte, aber keine Kriegshandlung (1). Man werde vielleicht verurteilen, das deutsche Volk zu vergiften, aber wenn das deutsche Volk das richtige Gefühl für seine Interessen habe, dann werde es schon einsehen, wo sein Nutzen sei (1).

Den Gedanken einer deutschen Zusammenarbeit, den der Abgeordnete Gennep hat, wolle von den befreiten Gebieten zurückgewiesen werden.

Nach einer kurzen Unterbrechung ergreift der Abgeordnete Manoel der ehemalige Reichsminister von Clemenceau das Wort. Er verurteilt die auswärtige Politik des Ministers, der Deutschland noch nicht die lästige Aufgabe der Friedensverträge von Versailles aufgegeben habe. Man müsse die für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete notwendigen Materialien in Deutschland requirieren, vielleicht auch den befreiten Städten Kriegskontributionen auferlegen (1).

Beizugsabstimmung für Bränd.

Paris, 17. März. Nachdem nach der heutigen Debatte Brüand nochmals das Wort ergriffen hatte,

wurde mit 421 gegen 66 Stimmen die Vertretung der Ordnung angenommen, die besagt: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und vertraut darauf, daß sie im Einverständnis mit den Alliierten die notwendigen Sanktionen anwendet, um positive Ergebnisse zu erlangen hinsichtlich der Reparationen, der Entwaffnung und der Bestrafung der Kriegsschuldigen.

Die ersten Vollstreckungen.

Paris, 17. März. Die französische Regierung hat gestern in der Kammer den Gesetzentwurf über die Erhebung der fünfzigprozentigen Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren, die nach Frankreich eingeführt werden, eingebracht.

Englische Maßnahmen.

London, 17. März. Der Vertreter des United Telegrams äußert sich in einer Unterredung mit einem englischen Kabinett nachgehenden Persönlichkeiten, der Verband sei jederzeit bereit, deutsche Vorschläge über die Zahlung der Wiederherstellung zu erwägen und sie in einer neuen Konferenz zu erörtern. Bisher seien aber derartige Vorschläge nicht eingegangen, so daß alle Gerüchte von einer neuen Konferenz unmittelbar nach Ostern als unbegründet betrachtet werden müßten. Im allgemeinen sei die Stimmung im englischen Kabinett hinsichtlich einer baldigen Lösung weniger optimistisch als bisher. Die erwartete Antwort auf die neue Note des Wiederherstellungsaufrufes werde für den Wandel dieser Stimmung als wichtiger Faktor betrachtet.

Glück der Internationalen.

Brüssel, 17. März. Der Generatrat der sozialdemokratischen Partei billigte mit großer Mehrheit die Haltung der belgischen Vertreter auf der Londoner Konferenz. Die belgischen Sozialisten schlossen sich den englischen Genossen an.

Das Zollregime.

Berlin, 17. März. Heute fand eine Beratung der Vertreter der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessenverbände des neudefinierten und des befreiten Gebiets und des parlamentarischen Beirats für die befreiten rheinischen Gebiete mit der Reichsregierung, dem Reichskommissar und Vertretern der rheinischen Verwaltungsbehörden statt. Die Beratungen galten insbesondere der durch die bevorstehende Errichtung der Zollgrenze in den Rheinlanden geschaffenen Lage. Der Reichskommissar für die befreiten rheinischen Gebiete, v. Starck, gab zunächst einen umfassenden Bericht über die derzeitige Lage im befreiten Gebiet. Er führte ungefähr folgendes an:

Als erste Folge der sogenannten Sanktionen hat die Internationalisierte Rheinlandkommission die Telegramm- und Telefonzensur verhängt. Während in der französischen und belgischen Zone des befreiten Gebiets von dieser Einrichtung reichlich Gebrauch gemacht wird, geschieht dies in der englischen Zone in beschränktem Maße, in der amerikanischen überhaupt nicht. Außerdem wurde durch die Verordnung 76 die Presse hinsichtlich Nachrichten über Truppenbewegungen unter Zensur gestellt. Die Ausübung dieser Zensur geschieht in der Pfalz und in der belgischen Zone am schärfsten. Die Spernung der Zollvereinfachungen an der Westgrenze ist verhängt. Die Behörden der Zollverwaltung für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr und der Kapitalflucht sind dem Befehl der Internationalisierten Rheinlandkommission unterstellt. In der Ausführung dieser Verordnung sind die Zollvereinfachungen bei den Zollämtern und der Reichsbank gesperrt. Unter die Zollvereinfachungen fallen nach Ansicht der Alliierten auch die Zollgebühren und die Ausfuhrabgaben, nicht aber die Verbrauchsabgaben. Die oberste Aufsicht des Zolldienstes ist von der Rheinlandkommission dem „Comité des douanes“ in Koblenz übertragen worden.

Die neue Zollgrenze.

beginnt 10 Kilometer nördlich Gamborn am Rhein und läuft etwa 12 Kilometer östlich des Rheins bis zum Brückenkopf Köln. Sie schließt die Städte Osterfeld, Oberhausen und Mülheim a. d. Ruhr ein. Essen bleibt etwa 4 Kilometer östlich der Zollgrenze. Auch Elberfeld und Witten bleiben außerhalb der Zollgrenze. Von da an verläuft sie verhältnismäßig an der Ostgrenze der Brückenköpfe. Ob die zwischen den Brückenköpfen liegenden Gebiete in die Zollgrenze einbezogen werden, ist noch unbestimmt. Jedenfalls wird der Raum zwischen den Brückenköpfen Köln und Koblenz freigelassen, während der sogenannte Pfälzerwald zwischen den Brückenköpfen Koblenz und Mainz einbezogen werden wird. Die Lage des Zolltarifs ist noch nicht bekannt. Die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem unbesetzten in besetztes Gebiet wird voraussichtlich zollfrei sein. Die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die zur Aufrechterhaltung der rheinischen Industrie notwendig sind, werden voraussichtlich geringen Zöllen unterworfen.

Als Grenzbeobachtungspersonal werden ausländische Zollbeamte und Soldaten der Ostgrenze besetzt. Das Aufwärtungspersonal in den Zollämtern wird deutsch bleiben. Mit der Durchführung der Zolllinie ist in etwa zwei Wochen zu rechnen. Nicht beabsichtigt ist die Schließung von Steuereinnahmen, fiskalischem Besitz, Bergwerksunternehmen und dergleichen, da derartige Maßnahmen nicht zu den jetzigen Sanktionen gehören.

Die einschneidendste Folge der Zollgrenze wird ohne Zweifel die sein, daß der Absatz deutscher Erzeugnisse im befreiten Gebiet stark eingeschränkt und ausländischen Waren das Eindringen ins besetzte Gebiet erleichtert wird.

Die Aussprache gestaltete sich mehr und mehr zu einer einmütigen Kundgebung gegen die Zwangsmassnahmen und zu einem Protest gegen die drohende Neuaufhebung des Lohes in Westen. Mit einem Treudeckungsplan zum Wohlfühl und zum Reich schloß die Versammlung.

Bonar Laws Rücktritt.

London, 17. März. Eine große politische Sensation gab es heute nachmittag im Unterhaus, als der Ministerpräsident dem Parlament mitteilte, Bonar Law sei infolge seines Gesundheitszustandes genötigt, zurückzutreten. Lloyd George verlas ein Schreiben Bonar Laws, worin es u. a. heißt: „Meine ärztlichen Ratgeber haben mir mitgeteilt, daß ein physischer Zusammenbruch unvermeidlich sei, wenn ich mich nicht zur Ruhe setze. Unter diesen Umständen bleibt mir nur übrig, auf meine politische Laufbahn zu verzichten.“ Bonar Law war Ende voriger Woche bei einer Ansprache in Glasgow von einer Schwäche befallen worden, trotzdem kam die heutige Mitteilung Lloyd Georges völlig überraschend. Als Nachfolger werden außer Austen Chamberlain auch Lord Birkenhead, Sir Robert Horne und A. J. Balfour genannt.

Kronstadt gefallen?

London, 17. März. Neuer meldet den Abschluß eines 24stündigen Waffenstillstandes zwischen Georgien und den Bolschewisten. Datum steht in der Gefahr, in die Hände der Bolschewisten zu fallen, sofern kein Frieden zustande kommt.

Paris, 17. März. Nach einer Londoner Meldung berichtet Daily Mail aus Kronstadt, Proski habe neue Verhandlungen mit den Anhängern angeknüpft. Er fordert nicht die Übergabe der Garnison, aber einen sofortigen Waffenstillstand und den Zutritt einer Kommission, die über die Bedingungen eines Einvernehmens beraten soll.

Stockholm, 17. März. Nordiska Press Zentralen meldet aus Kollingsfors: Die Forts von Kronstadt 4, 5 und 6 haben sich ergeben. Was ihnen sind etwa 100 Gefangene in Tschibok eingetroffen, die mitteilen, daß Kronstadt sich noch in den Händen der Revolutionäre befindet.

Stockholm, 17. März. Aus Riga wird telegraphiert: Der bevollmächtigte Vertreter der Sowjetregierung in Lettland erhielt ein Telegramm vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten in Moskau, wonach Kronstadt von der Sowjetregierung eingenommen worden ist.

Unabhängige Prügelstein.

Danzig, 17. März. In der gestrigen Sitzung des Volksrates kam es zu sehr unruhigen Szenen. Der unabhängige Abgeordnete Finter verfuhr ohne jeden berechtigten Anlaß wegen eines Zwischenrufes dem deutschen Abgeordneten Dähler eine Ohrfeige, die dessen Helfer getrümmerte, so daß Dähler, im Gesicht verletzt, mit einem schweren Revolver ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Sitzung mußte mehrmals unterbrochen werden, da die Erregung über den Vorfall eine Weiterverhandlung unmöglich machte. Gegen 11 Uhr abends erklärte die Fraktion der Unabhängigen unter Protest der Rechten, daß sie zwar ihr Bedauern über den Vorfall ausdrücke, aber auf Grund des historischen Vorganges das Verhalten ihres Parteifolgers billige.

Eine große Explosion.

Ingolstadt, 18. März. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern mittag auf den Munitionsbewerksanlagen der Bayerischen Sprengstoffwerke. Auf bisher unangefasste Weise entzündete sich in einem Schuppen, in dem etwa 15 Arbeiter mit dem Ausbohren von Pulver aus Granaten beschäftigt waren, die dort verarbeitete Munition und sprengte das ganze zum Teil aus Eisenbeton gebaute Haus in die Luft. Sämtliche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bis nachmittags 5 Uhr waren fünf Tote geborgen.

Hart die Hand, deutsch das Herz!

Wir dürfen die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Zollabschnürung des Rheinlandes nicht unterschätzen. Ohne Zweifel werden unsere Gegner die Maßnahmen durchführen im vollen Bewußtsein der ungeheuren wirtschaftlichen Schäden für das Rheinland. Es dient ihren Zielen nur, wenn sie Handel und Wandel vernichten, dafür aber die Existenzbedingungen der rheinischen Bevölkerung im Notwendigsten künstlich halten.

Ueber die wirtschaftlichen Folgen der Zolllinie veranlaßt die „Köln. Ztg.“ in ihr nahestehenden Kreisen eine Umfrage, von deren Ergebnisse wir einige auszugeweiht bringen:

Margarine-Industrie.

Ein Margarineverkäufer schreibt: Bei Errichtung einer Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet würde die Margarine-Industrie in den Rheinlanden vollständig dem Untergang geweiht sein. Der geringste Wertvoll würde jede Ausfuhr nach dem unbesetzten Gebiet verhindern. Während der Verbrauch der Margarine sich über ganz Deutschland erstreckt, liegen gerade die großen Fabriken mit ihren außerordentlich großen Erzeugungsmengen im besetzten Rheinland. So in Goch, Kleve, Emmenich, Frankfurt, Neuß, Krefeld, Köln, Duisburg usw. Diese Fabriken zusammen stellen den weitaus größten Teil an Margarine in Deutschland her, und es kam natürlich keine Rede davon sein, daß deren Erzeugnisse auch nur annähernd in den Rheinlanden verbraucht werden können, so daß die Fabriken unter Umständen nach dem Osten und nach Mitteldeutschland verlegt werden müßten.

Abwanderungen?

Eine andere Zuschrift lautet: Die Frage der Rhein Zollgrenze beschäftigt die Kreise des Handels lebhaft. Obwohl man noch keine Vorstellung hat, welcher Art der neue Zolltarif sein wird, so trägt man sich doch ernstlich mit dem Gedanken, unter Umständen Zwangsweisen im unbesetzten Gebiet zu eröffnen. Eine Abwanderung vom besetzten nach dem unbesetzten Deutschland wird ohne Zweifel eine der nächsten Folgen. Vorgehend des Verbandes sein.

Schuhindustrie.

Die geplante Ausfuhrabgabe würde für die Schuhindustrie von geradezu vernichtenden Folgen sein. Von den auf dem linken Rheinufer verfertigten Schuwaren gehen mindestens 90 Prozent in das unbesetzte Deutschland. Die Schuhindustrie befindet sich zurzeit in einer schweren Krise. Ein Abheben der Ware ist heute nur zu Verlustpreisen möglich. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen die Schuhfabrikanten nicht auch noch eine Ausfuhrabgabe bezahlen können. Aber auch unter normalen Verhältnissen wird die linksrheinische Schuhindustrie nach Errichtung einer Zollgrenze nicht mehr in der Lage sein, mit den im unbesetzten Gebiet liegenden Schuhfabriken in Wettbewerb treten zu können. Sie wird ihre Erzeugung täglich mehr einschränken müssen, und die im unbesetzten Gebiet liegenden Fabriken werden ihre Erzeugung entsprechend steigern.

Große Bestürzung.

Man schreibt: Die Maßnahme, mitten im Deutschen Reich eine Zollgrenze zu errichten, verursacht im In- und Ausland große Bestürzung. Wir erhalten fortwährend Streichungen von bedeutenden Aufträgen, und neue Geschäfte sind nicht abzusehen. In absehbarer Zeit werden wir ohne Arbeit sein und unsere Fabrik stilllegen müssen, während wir andererseits zu erwarten haben, für das nach dem feindlichen Ausland gelieferte nur die Hälfte unserer Güter absetzen zu bekommen. Der geschäftliche Zusammenbruch, der uns aus der ganzen Welt gemeldet wird, wird durch solche Maßnahmen noch weiter getrieben. Die Zuschrift eines Geschäftsfreundes aus Antwerpen zeigt, daß auch dort in Handelskreisen allgemeine Krisenstimmung ist.

Mahnung zur Besonnenheit.

Die linksrheinische Gruppe der Vereinigung Tuchgroßhändler schreibt: In Verfolg der geschlossenen Londoner Verhandlungen besteht ansehend eine starke Beunruhigung in den Handelskreisen des unbesetzten Deutschlands wegen ihrer geschäftlichen Beziehungen zu den Lieferanten in dem besetzten Gebiete. Es besteht berechtigter Grund zur Annahme, daß zunächst noch ernste Erdrückungen bei den alliierten geplant werden, und daß die Frage einer Zollgrenze zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland um so mehr Schwierigkeiten ergeben wird, je erschwerter die Folgeerscheinungen einer solchen Maßnahme erwohnen werden. Wir empfehlen daher allen Handelskreisen im unbesetzten Deutschland, sich nicht durch Gerüchte beunruhigen zu lassen und die geschäftlichen Beziehungen zu den Geschäftsfreunden im besetzten Gebiet, die wichtig und unentbehrlich sind zur Erhaltung der Existenz des einzelnen und des

